

Anfrage an die Bürgermeisterin zur SVV am 08.07.2024 – Brandenburg Paket

Sachverhalt

Das Brandenburger Verfassungsgericht hat die Regelungen für das milliardenschwere Brandenburg Paket für nichtig erklärt. Es ist in Teilen verfassungswidrig.

Mit dem Brandenburg Paket sollten auch Städte und Gemeinden entlastet werden. Nach Angaben der Landesregierung sollten den Kommunen insgesamt 700 Millionen Euro zugutekommen.

Frage

Könnte das Urteil auch Auswirkungen auf den Haushalt der Stadt Königs Wusterhausen haben?



Swen Ennullat

28.06.2024